



ZUR BESCHLUSSFASSUNG

Bericht des Finanzausschusses

1. Finanzbericht 2006

Der Finanzausschuss prüfte den Finanzbericht 2006, der von den leitenden Amtsträgern/innen im Mai 2007 gebilligt und vom Exekutivausschuss im September 2007 entgegengenommen worden war. Der Jahresabschluss 2006 verzeichnete insgesamt eine Steigerung der nicht-zweckgebundenen und der zweckbestimmten Mittel um CHF 1,9 Millionen, die den allgemeinen Rücklagen zugeschlagen wurden und diese auf CHF 9,1 Millionen erhöhten. Die allgemeinen Rücklagen überstiegen die Programmmittel, was einen Wendepunkt in der finanziellen Struktur des Jahresabschlusses des ÖRK darstellt.

2. Ernennung der Rechnungsprüfer

Als Ergebnis der Einholung von Angeboten für die Rechnungsprüfung 2004 wurde KPMG als Rechnungsprüfer für 2004 und die vier darauf folgenden Jahre ernannt, vorbehaltlich der jährlichen Ernennung in Übereinstimmung mit Satzungsartikel VIII. Da der Zentralausschuss 2007 nicht getagt hat, ernannte der Exekutivausschuss KPMG als Rechnungsprüfer für 2007.

3. Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses

In Übereinstimmung mit dem Mandat des Rechnungsprüfungsausschusses, das im September 2007 vom Exekutivausschuss gebilligt wurde, werden neue Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses vom Finanzausschuss ernannt. Pfrin. Carmen Lansdowne berichtete, der Rechnungsprüfungsausschuss habe die Ernennung von Myles Stott, einem zugelassenen Wirtschaftsprüfer aus Großbritannien, vorgeschlagen. Diese Ernennung erfolgte nach dem Rücktritt des früheren Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, James Pittendrigh.

Der Finanzausschuss stimmte der Ernennung von Myles Stott zu.

4. Bericht von KPMG an das Management im Jahr 2006

Der Finanzausschuss prüfte einen Brief von KPMG an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, in dem es heißt, dass für 2006 kein formeller Management-Bericht veröffentlicht würde, da die Rechnungsprüfer keine neuen signifikanten Probleme sähen und der Meinung seien, dass Maßnahmen zur Lösung der im Bericht des Vorjahres benannten Probleme ergriffen worden seien bzw. ergriffen würden.

5. Projekt eines internen Kontrollsystems

Eine neue rechtliche Bestimmung, die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, macht es erforderlich, dass Rechnungsprüfer prüfen, ob ein internes Kontrollsystem existiert, und dieses Kontrollsystem bei der Planung und Ausführung der Rechnungsprüfung berücksichtigen. Die neue Bestimmung greift zum ersten Mal bei Jahresabschlüssen für das Jahr 2008, für die die Prüfungsberichte im April 2009 erwartet werden.

Der ÖRK verfügt bereits über interne Kontrollen und Richtlinien. Dennoch wird das neue Gesetz es erforderlich machen, dass wir Abläufe und Richtlinien genau prüfen und dokumentieren, insbesondere die, die für die Vollständigkeit und Genauigkeit der Jahresrechnung entscheidend sind.

Der Finanzausschuss diskutierte über ein Dokument, in dem die Struktur eines vorgeschlagenen Projekts zur Anpassung der Abläufe an das neue Gesetz umrissen wird, und arbeitete einige zentrale Punkte heraus, die bis Dezember 2008 umgesetzt werden müssen. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses und der Vertreter der KPMG nahmen an der Diskussion teil. Der KPMG-Vertreter bestätigte, dass die Rechnungsprüfer das Projekt beaufsichtigen werden und betonte die Notwendigkeit, die wichtigsten Prozesse in der Sondierungsphase des Projekts zu identifizieren.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge

- den Auftrag zu einem Projekt zur internen Kontrolle erteilen, das vom Vorsitzenden des Finanzausschusses und dem beigeordneten Generalsekretär für Finanzen, Dienstleistungen und Verwaltung betreut wird;
- den Auftrag zur Vorbereitung eines Fortschrittsberichts erteilen, der dem Exekutivausschuss auf seiner nächsten Tagung vorgelegt wird.

6. Vorläufiger Jahresabschluss 2007

Der Finanzausschuss nahm den vorläufigen Jahresabschluss 2007 entgegen, der einen Überschuss von insgesamt CHF 2,8 Millionen aufweist. Es wird davon ausgegangen, dass die allgemeinen Rücklagen auf CHF 10,3 Millionen ansteigen werden. Die vorläufigen Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Programmmittel - in einem Jahr, in dem die Programmbeiträge über der im Haushalt veranschlagten Summe und die Programmausgaben tendenziell unter den im Haushaltsplan veranschlagten Mitteln liegen - um CHF 1,1 Millionen auf CHF 7,1 Millionen steigen.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses berichtete, dass er die an Stabsmitglieder vergebenen Kredite per 31. Dezember 2007 geprüft und festgestellt habe, dass es zu dem Zeitpunkt mehr als 20 solcher Kredite gegeben habe. Es wurde bekräftigt, dass die Rückzahlung innerhalb von sechs Monaten sichergestellt werden müsse.

Drei Fragen wurden ausführlich diskutiert. Erstens, Änderungen zur Betriebsvorsorge im Schweizer Recht sowie bei den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) würden in der Jahresrechnung 2007 zu negativen Auswirkungen in der Form der Berichterstattung über die potenzielle Verpflichtung des ÖRK gegenüber der Pensionskasse führen. Dem Finanzausschuss wurde berichtet, dass mit den Rechnungsprüfern darüber diskutiert wird, welche Richtlinien für die Rechnungslegung im Jahresabschluss 2007 gelten sollen.

Zweitens, der Exekutivausschuss hatte für 2008 einen Haushalt gebilligt, der den Transfer von zweckbestimmten Programmmitteln in Höhe von CHF 600 000 an den Vollversammlungsfonds und CHF 600 000 zur Deckung von Programmausgaben vorsah. Der Finanzausschuss prüfte einen Vorschlag, nach dem diese Transfers in den Jahresabschluss 2007 aufgenommen werden sollten, um der Abnahme nicht-zweckgebundener und zweckbestimmter Mittel und der entsprechenden Steigerung der zweckgebundenen Mittel Rechnung zu tragen.

Drittens, der Ausschuss diskutierte über die Tatsache, dass die Ausgaben für nicht in Anspruch genommene Urlaubstage um CHF 70 000 auf CHF 530 000 angestiegen sind. Dies stelle sowohl eine unnötige Ausgabe nicht-zweckgebundener Mittel als auch ein Anzeichen für eine ungesunde Entwicklung im Arbeitsmuster von Mitarbeitern/innen dar.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge

- unter Bezugnahme auf Satzungsartikel VIII, 2. b) 2) den leitenden Amtsträgern/innen des Finanzausschusses die Verantwortung dafür übertragen zu entscheiden, welche Richtlinien im Jahresabschluss 2007 für die Rechnungslegung gelten sollten;
- die Transfers aus dem Fonds für zweckbestimmte Programmmittel, die ursprünglich für 2008 gebilligt worden waren, in den Jahresabschluss 2007 aufnehmen, wie oben dargelegt;
- den Generalsekretär beauftragen, Direktoren/innen und leitenden Mitarbeitern/innen mit Verantwortung für Stabsmitglieder die Anweisung zu erteilen, dass sie sicherstellen, dass Urlaub geplant und genommen wird, und zwar sowohl im Interesse des Wohls der Mitarbeiter/innen als auch der produktiven Ausführung unserer Arbeit.

7. Einkommensstrategie

Der Ausschuss hörte den Bericht zur Einkommensstrategie, in dem fünf Ansätze zur Mittelbeschaffung beschrieben werden. Erstens würde die Mitgliedschaftskampagne intensiviert, wobei die Mitglieder des Zentralausschuss stärker eingebunden würden. Das Ziel wäre die Verbesserung der Kommunikation mit den Mitgliedskirchen, um deren Engagement zu stärken und das Ziel von CHF 7 Millionen zu erreichen. 2007 blieben die Mitgliedsbeiträge mit 6,6 Millionen noch immer hinter diesem Ziel zurück.

Der zweite strategische Ansatz ist die weitere Stärkung der Beziehungen zu den kirchlichen Diensten und Werken durch den jährlich stattfindenden Runden Tisch sowie einem Besuchsprogramm bei den Finanzierungspartnern. Der dritte Ansatz sieht gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Mittelbeschaffungskompetenz der Mitarbeitenden vor sowie engere Zusammenarbeit mit dem Kommunikationsteam.

Das vierte strategische Element ist die Erschließung von Stiftungsgeldern. Mit Hilfe eines Sonderbeitrags eines der kirchlichen Werke wird eine neue Stabsposition für diesen Aspekt der Arbeit geschaffen. Angestrebt ist ein Mittelbeschaffungsziel von CHF 200 000 nach dem ersten Arbeitsjahr dieser Stabperson. Das fünfte Element der Strategie ist der neue Fokus auf Privatspenden. Ziel ist die Steigerung der Zahl der Einzelspender von 400 auf 1000, wobei am Ende des zweiten Jahres nach Einführung dieser neuen Maßnahmen eine Zielsumme von CHF 200 000 erreicht werden soll.

Der Ausschuss erörterte den Bericht. Er schlug u.a. vor, dass der Stab bei der Umsetzung bestimmter Initiativen dieser Strategie die Möglichkeit der Inanspruchnahme externer Beratungsdienste untersucht.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge

- die Umsetzung der Mittelbeschaffungsstrategie unterstützen;
- die Bedeutung des Beitrags hervorheben, der von dem - von Mitgliedern des Finanzausschuss zu schulenden - Stabsteam für Mitgliedsbeiträge erwartet wird, das im Auftrag des Zentralausschusses Kontakte zu den Mitgliedskirchen aufnehmen soll, um mit ihnen über ihre finanzielle Verpflichtung zu sprechen;
- Mitglieder ermutigen, ehrenamtlich ihre Dienste anzubieten, und eine Beratungsgruppe zu bilden, die sich mit dem Stab in Fragen der Einkommensentwicklung berät;
- dazu auffordern, in das Dokument zur Einkommensstrategie Zielsummen und Etappenziele für die Resultate aufzunehmen, die von der Stärkung der Beziehungen zu den kirchlichen Diensten und Werken erwartet werden.

8. Haushalt 2008

Der Haushalt 2008 war vom Exekutivausschuss auf seiner Tagung im September 2007 angenommen worden und sieht Gesamteinnahmen in Höhe von CHF 38,9 Millionen und Gesamtausgaben von CHF 40,75 Millionen vor sowie eine Steigerung der nicht-zweckgebundenen Mittel um CHF 325 000. Der Exekutivausschuss hatte dazu aufgefordert, auf dieser Tagung des Finanzausschusses darüber zu informieren, ob eine positive finanzielle Entwicklung eingetreten sei, um gegebenenfalls eine Haushaltsänderung zugunsten der Kommunikationsabteilung vorzunehmen.

Darüber hinaus war der Stab aufgefordert worden, über die Finanzierung des Programms der Lebendigen Briefe zu berichten. Zuvor war gefordert worden, dass diese Aktivität nur dann durchgeführt würde, wenn direkte Finanzaussagen gemacht worden wären.

Dem Finanzausschuss wurde mitgeteilt, dass Revisionen im Haushalt für 2008 vorgenommen worden seien, um die vorläufigen Salden von 2007 aufzunehmen und die Umverteilung von Programmbeiträgen zu berücksichtigen, die Finanzierungspartner seit September 2007 bekanntgegeben haben. Nach Einbeziehung dieser und anderer Faktoren in einen überarbeiteten Haushalt konnte eine positive Entwicklung festgestellt werden und es wird daher vorgeschlagen, die veranschlagten Ausgaben für die Kommunikationsabteilung um CHF 123 000 zu erhöhen.

Die geplanten Ausgaben für die Lebendigen Briefe, für die ein kleiner Teil an direkten Finanzmitteln zur Verfügung gestanden hatte, können nun im Rahmen der allgemeinen Projektbeiträge für DOV und der Programmbeiträge für „Öffentliches Zeugnis“ gedeckt werden, ohne dass auf nicht-zweckgebundenes Einkommen zurückgegriffen werden muss. Der Finanzausschuss stimmte einer solchen Finanzierung der Lebendigen Briefe zu.

Der überarbeitete Haushalt einschließlich der erhöhten Ausgaben für die Kommunikationsabteilung weist CHF 39,51 Gesamteinnahmen und CHF 42 Millionen Gesamtausgaben aus. Die Steigerung der nicht-zweckgebundenen Mittel wird weiterhin mit CHF 325 000 veranschlagt.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge

- den revidierten Haushalt 2008 billigen;
- dazu auffordern, dass auf der nächsten Tagung des Finanzunterausschusses eine Personalstatistik vorliegt, aus der auch die Entwicklung von 2007-2009 ersichtlich ist.

9. Rahmenhaushalte 2009

Nach der Prüfung eines Rahmenhaushalts auf der Tagung des Exekutivausschusses im September 2007, die einen zusätzlichen Einnahmenbedarf in Höhe von CHF 2,9 Millionen ergab, um die veranschlagten Ausgaben von CHF 42 Millionen zu decken, ersuchte der Exekutivausschuss den Stab, zwecks Vorlage vor dem Zentralausschuss mindestens zwei Szenarios vorzubereiten.

Der Finanzausschuss erörterte diese beiden Szenarios für 2009. Das erste geht von Einnahmen in Höhe der Einnahmen von 2007 aus und schlägt eine Senkung der Programmausgaben auf CHF 39,22 Millionen vor. Es sieht einen Anstieg der nicht-zweckgebundenen Mittel um CHF 300 000 vor. Das zweite Szenario geht von potenziellen neuen Einnahmen aus und schlägt ihre Zuweisung vor.

Nach Prüfung der Dokumentation äußerte sich der Finanzausschuss kritisch zu dieser Methode der Ausgabensenkung. Anstatt einigen Aktivitäten Priorität zu geben und den Aufschub oder die Einstellung anderer zu planen, habe man hier offenbar versucht, die Kosten sehr vieler verschiedener Aktivitäten zu reduzieren. Das entspricht nicht der Weisung der Vollversammlung, weniger zu tun, aber dies besser zu machen.

Im Allgemeinen war der Finanzausschuss bestrebt sicherzustellen, dass sich die Prioritätensetzung an die Vorgaben der Vollversammlung hält. Insbesondere wurde zur Kenntnis genommen, dass eine vorgeschlagene Senkung von CHF 194 000 für das Jugendprojekt in den Rahmenhaushalt aufgenommen wurde.

Der Finanzausschuss ersuchte darum, dass im Kommunikationshaushalt 2009 die vom Exekutivausschuss geforderte Evaluierung des ENI berücksichtigt wird.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge

- anweisen, dass das erste, vorsichtigeres Szenario als Grundlage für die Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs 2009 dient. Zusätzliche Ausgaben sollten nur dann eingeplant werden, wenn entsprechende Einnahmen bestätigt worden sind;
- anweisen, dass die leitenden Amtsträger/innen des Finanzausschusses zusammen mit Vertretern/innen des Programmausschusses eine Arbeitsgruppe bilden, die den Stab im Hinblick auf die Prioritäten berät, die bei der Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs 2009 zu berücksichtigen sind.

10. Rahmenhaushalt 2010

Der Finanzausschuss prüfte eine Darstellung der direkten Programm- und der Personalkosten 2010, die auf der Grundlage der Prioritäten und Pläne des Stabs ausgearbeitet worden war. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf CHF 40,33 Millionen, die des Rahmenhaushalts 2009, Szenario 1, auf CHF 39,06 Millionen.

Es wurde zur Kenntnis genommen, dass die Ausgaben des Programms Gerechtigkeit, Diakonie und Schöpfungsverantwortung um CHF 500 000 angestiegen sind, und es wurde die Frage gestellt, ob dies den Prioritäten entspreche.

Das geringere Gewicht der diakonischen Arbeit im ÖRK gab Anlass zu Besorgnis. Einige Mitglieder des Finanzausschusses berichteten, sie verfolgten aufmerksam die anhaltende Debatte über das Mandat des im Aufbau begriffenen neuen ACT-Bündnisses.

Die Frage, ob eine jährliche Tagung des Zentralausschusses wünschenswert sei, wurde erörtert. Der Stab wurde ersucht, andere Möglichkeiten zu untersuchen und dem Exekutivausschuss auf seiner nächsten Tagung zur Prüfung vorzulegen.

Der Finanzausschuss nahm den Rahmenhaushalt entgegen und ermutigte den Stab, ihn bis zur nächsten Tagung des Exekutivausschusses weiterzuentwickeln.

11. Planung des Investitionsaufwands

Dem Ausschuss wurde kurz über den Stand der Renovierungsarbeiten am Ökumenischen Zentrum berichtet. Der Bericht bestätigte, dass die nach dem Abschluss der Ausschreibung bislang unterzeichneten Verträge sich auf insgesamt CHF 5,6 Millionen belaufen und damit im Rahmen des Haushalts bleiben. Die übrigen, noch zu vergebenden Verträge haben einen Wert von rund CHF 1 Million, und folglich werden die Kosten des gesamten Projekts die im Haushalt veranschlagten CHF 6,6 Millionen nicht übersteigen.

Die Arbeiten begannen etwas verspätet im Herbst 2007, da sich bei der Baugenehmigung und der Ausschreibung Verzögerungen ergeben hatten. Dennoch soll die Renovierung 2010 abgeschlossen werden.

Dem Ausschuss wurde kurz über den Investitionsaufwand 2007 berichtet, der sich auf insgesamt CHF 1,9 Millionen belief. Er setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Renovierungsprojekt im Ökumenischen Zentrum und der Renovierung der Häuser in Bossey. Die Gesamtausgaben lagen mit CHF

0,5 Millionen unter der veranschlagten Summe, weil es an beiden Baustellen zu Verzögerungen gekommen war.

Sodann prüfte der Ausschuss den Investitionsplan für 2008, der im Anschluss an seine Billigung durch den Exekutivausschuss auf dessen letzten Tagung überarbeitet worden war. Die veranschlagten Gesamtausgaben 2008 betragen CHF 4 151 000 einschließlich der CHF 3,5 Millionen für die Renovierung des Ökumenischen Zentrums. Die bei der Planung des Investitionsaufwands vorgesehene Höchstsumme von CHF 3,6 Millionen wird erhöht, weil Beträge aus 2007 fortgeschrieben wurden.

Die Finanzierung des Investitionsaufwands 2007-2011 wurde überprüft und ergab, dass die Allgemeinen Rücklagen 2009 auf CHF 8,8 Millionen zurückgehen würden, was dem Aufwand für die Renovierungsarbeiten entspricht. Wenn die nicht-zweckgebundenen Mittel im Haushalt 2010 um CHF 700 000 zunehmen, dann sollte für die Allgemeinen Rücklagen die Zielvorgabe von CHF 9,3 Millionen erreichbar sein.

Der Finanzierungsplan sieht die bereits gebilligte Aufnahme von Darlehen in Höhe von CHF 2 Millionen für die Renovierung des Ökumenischen Zentrums vor. Es wurde bestätigt, dass die Rückzahlung der Darlehen für Bossey die sich am 31. Dezember 2007 auf CHF 6,9 Millionen beliefen, in einem jährlichen Umfang von CHF 200 000 fortgesetzt wird.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge für 2008 die Höchstgrenze von CHF 4 151 000 für den Investitionsaufwand billigen.

12. Übersicht über die Finanzen des Ökumenischen Instituts Bossey

Der Finanzausschuss prüfte einen zusammenfassenden Bericht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts Bossey zwischen 2003 und 2007.

Von 2003 bis 2006 war das Institut in Bossey ein Kernprogramm des ÖRK. 2007 wurde das Ökumenische Institut zu einem Projekt im Programm Bildung und ökumenische Ausbildung. Zwischen 2003 und 2006 wurde der Jahresfehlbetrag im Gesamthaushalt für Bossey durch eine Zuweisung von nicht-zweckgebundenen Einnahmen gedeckt. Seit 2007 wird Bossey durch die allgemeinen Programmbeiträge finanziert. Durch diese geänderte Struktur ist es unmöglich, die Berechnung der Mittelausfälle zwischen 2003-2006 und 2007 auf einfache Art und Weise zu vergleichen.

Die Gesamteinnahmen und -ausgaben beliefen sich im Jahr 2007 auf ca. 3,7 Millionen CHF. Durchschnittlich studieren jedes Jahr 35 Personen in Bossey. Die Gesamteinnahmen des Hotels erreichten im Jahr 2007 1,2 Millionen CHF. Dies entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr, der auf die Entscheidung zurückzuführen ist, dass die Anlagen in Bossey nicht mehr für Hochzeitsfeiern zur Verfügung gestellt werden.

Die Übersicht wurde überarbeitet und entgegengenommen.

13. Projekt zur Renovierung der Scheune im Ökumenischen Institut in Bossey

Der Ausschuss überprüfte einen Entwurf des Projekts zur Renovierung der Scheune, um diese in eine Anlage mit einem großen Sitzungsraum für über 50 Personen sowie Unterkünften (20 Zimmer und drei Wohnungen) umzuwandeln. Dank dieses Projekts könnten größere Gruppen im Château untergebracht werden. Zur Zeit müssen solche Gruppen oft abgewiesen werden, weil nur ein großer Sitzungsraum zur Verfügung steht - der große Vorlesungssaal - und es schwierig ist, diesen Saal während des Semesters zur Nutzung anzubieten.

Das Projekt soll umweltfreundlich gestaltet werden. In diesem Zusammenhang möchte das Ökumenische Institut auch ein ökologisches Gartenprojekt ausarbeiten. Studien zur Ökotheologie könnten so mit praktischer Gartenarbeit verbunden werden und man könnte für das Institut Bio-Gemüse anbauen.

Die Gesamtkosten für das Projekt werden auf 6 Millionen CHF geschätzt. Maßnahmen zur Mittelbeschaffung sind zwar vorgesehen, doch in einem vorläufigen Finanzierungsplan wurde empfohlen, dass sich das Projekt durch Gästeinnahmen zur Deckung der laufenden Kosten, Abschreibungen und Hypothekenzinsen selbst finanzieren sollte.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge Anweisung erteilen,

- dass die Leitungsgruppe des Stabes den Personalbedarf für die Koordination des Projektes bestimmt;
- dass die vorläufigen Finanzierungspläne im Einzelnen geprüft und getestet werden;
- dass Schritte eingeleitet werden, um die notwendigen Baugenehmigungen zu erhalten; und
- dass der Projektplan dem nächsten Exekutivausschuss zur Überprüfung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

14. Übersicht über die Anlagen

Wie es die Anlagepolitik verlangt, überprüfte der Finanzausschuss die Einnahmen aus den einzelnen Anlageportfolios des ÖRK. Es wurde bestätigt, dass die Anlagerichtlinien seit der letzten Sitzung des Finanzausschusses nicht geändert wurden. Auf dem allgemeinen Anlagendepot befinden sich 9,3 Millionen CHF in Anleihen und anderen Einlagen in Schweizer Franken. Das Depot für Stiftungsfondsanlagen, mit einem Gesamtguthaben von 6,3 Millionen CHF ist zu 60-70 % in Anleihen und anderen Einlagen angelegt, der restliche Betrag in Aktien. 0,8 Millionen CHF sind in Oikokredit angelegt. Die konsolidierte Jahresrechnung schließt 2,9 Millionen CHF an Anlagen ein, die für den ÖRK im Ökumenischen Treuhandfonds angelegt sind und gemäß den Entscheidungen des Treuhänderausschusses angelegt werden.

Der Finanzausschuss überprüfte die Grundsätze und Verfahren zur Erfolgskontrolle bei der Anlageverwaltung. Die Anlagepolitik verlangt, dass eine Anlageberatungsgruppe gebildet wird. Sie legt fest, wer darin Mitglied werden kann, wie oft Sitzungen stattfinden und welches die Aufgaben der Gruppe sind.

Der Finanzausschuss **empfiehlt**, der Zentralausschuss möge

- die Grundsätze und Verfahren für die Erfolgskontrolle bei der Anlageverwaltung genehmigen;
- Anweisung erteilen, dass die Anlagepolitik, insbesondere ihre ethischen Richtlinien, überarbeitet und dem Exekutivausschuss auf seiner nächsten Tagung zur Billigung vorgelegt werden.

15. Mittelbeschaffungskampagne zum 60. Jubiläum des ÖRK

Pfrin. Carmen Lansdowne zeigte sich enttäuscht darüber, dass es nicht möglich gewesen war, eine Mittelbeschaffungskampagne zum 60. Jubiläum des ÖRK zu lancieren, wie dies vom Exekutivausschuss im September vorgeschlagen worden war. Aufgrund von Personalmangel konnten die Vorbereitungen innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit nicht abgeschlossen werden.

Es wurde angemerkt, dass jederzeit ein anderes Jubiläum oder eine Gelegenheit bestimmt werden könnten, um eine solche Kampagne durchzuführen.

Pfrin. Carmen Lansdowne bestätigte ihre Bereitschaft, ehrenamtlich beratend zur Seite zu stehen, um die Mittelbeschaffung zu unterstützen. Sie wäre auch bereit, eine Beratungsgruppe von Mitgliedern des Zentralausschusses zu leiten.

16. Personalordnung

Der Ausschuss hörte einen kurzen Bericht über die Fortschritte bei der Überarbeitung der Personalordnung. Die Projektarbeit hat vor kurzem begonnen und konzentrierte sich zunächst auf die Konformität mit der schweizerischen Gesetzgebung. Es wurde bekräftigt, dass dem Exekutivausschuss im September 2008 ein Bericht vorgelegt werden wird.

17. Stabsteam für Mitgliedsbeiträge

Pfrin. Carmen Lansdowne berichtete, das Stabsteam für Mitgliedsbeiträge sei noch nicht aktiv geworden, werde aber während des gegenwärtigen Zentralausschusses eine Sitzung einberufen, um seinen Aktionsplan für 2008 zu erarbeiten.